

Ein Biotop für Korruption

Eine bloße Betrachtung der handelnden Personen, Parteien und Programme greift zu kurz, um zu verstehen, dass viele Probleme Brasiliens systemimmanent sind. Die ausufernde Korruption ist Symptom für einen maroden Staatsapparat. Durch den Griff in die prall gefüllten Taschen des halbstaatlichen Petrobras-Konzerns wurden die Wahlkampfkassen ebenso wie zahlreiche Privatkonten schamlos aufgefüllt. Der unter der Arbeiterpartei als Monatszahlung systematisierte Stimmenkauf im Kongress (Mensalão) offenbart die Dysfunktionalität des Koalitionspräsidentialismus. Präsidentin Dilma Rousseff regierte zeitweise mit einer Koalition aus 17 Parteien mit unterschiedlichsten Interessenlagen, deren Motive nicht selten auf der Ebene der 26 Bundesstaaten lagen. Im Kongress waren nicht weniger als 28 Parteien vertreten. Dies legt nahe, dass das Schmieden von Kongressmehrheiten zum Beschluss von Regierungsvorlagen noch anderer Anreize bedarf als inhaltlicher Argumente. Diese intransparenten Verhandlungen sind ein Biotop für politische Geschäftemacher.

In Brasilien ist eine grundlegende Reform des politischen Systems schon lange überfällig. Allein um die Grauzone im Verhältnis zwischen Regierung und Parteien im Zuge des Koalitionspräsidentialismus zu beseitigen, bedürfte es

einer Reform des Parteiensystems, des bestehenden föderalen Systems und schließlich der brasilianischen Verfassung. Ein zielführender erster Schritt wäre die Einführung einer Sperrklausel, um der Zersplitterung des Parlaments entgegenzuwirken.

Dort, wo staatliche Institutionen in dem riesigen Flächenstaat überhaupt präsent sind, geraten eine unverhohlene Klassenjustiz und polizeistaatliche Praktiken in den Blick. Paradoxe Weise liegt etwa das strafprozessuale Ermittlungsverfahren nicht in den Händen der Justiz, sondern der Kriminalpolizei. Im Ergebnis ermittelt sie ohne jede rechtsstaatliche Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft.

Vergehen der Schutzpolizei (Policia Militar) fallen nicht unter die ordentliche Gerichtsbarkeit, sondern werden von der Militärjustiz verhandelt: Freisprüche oder geringfügige Strafen sind damit quasi garantiert. Drei von zehn gewaltsam zu Tode gekommenen Brasilianern gehen auf das Konto von Polizisten und werden mit dem stereotypen Vermerk „in Notwehr erschossen“ in die Gerichtsmedizin verbracht. Folter wird laut der Menschenrechtsberichte der Vereinten Nationen insbesondere von der Policia Militar systematisch betrieben, etwa zur Erzwingung von Geständnissen.

Längst ist deshalb auch eine Strafrechts- und Polizeireform überfällig.

Eine sogenannte „Beschleunigungskommission“, deren Ziel eine Verkürzung der Strafverfahren ist, besteht allerdings bereits seit mehr als 30 Jahren. Neben einer Reform der Ermittlungs- und Strafverfahren, bedarf es überdies der klaren Kompetenzabgrenzung und verbesserten Koordination zwischen den verschiedenen Polizeibehörden auf Bundes- und Bundesstaatenebene.

Selbst wenn das politische System Brasiliens von Grund auf reformiert würde, bliebe das Land doch im Würgegriff seiner politischen Eliten. Das Grundübel liegt in der fehlenden Verpflichtung dieser Eliten gegenüber dem Allgemeinwohl. Gegen 60 Prozent der Senatoren, die Dilma Rousseff suspendiert haben, laufen Gerichtsverfahren. In der aktuellen Korruptionsrangliste von Transparency International ist Brasilien weiter abgerutscht; es steht dort mittlerweile auf Platz 76, gemeinsam mit Burkina Faso und Bosnien-Herzegowina. Korruption und Regellosigkeit sind in Brasilien aber kein reines Elitenproblem, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen verbreitet. Umfragen zum interpersonales Vertrauen legen dies nahe. Die Frage „Kann man den meisten Menschen vertrauen, oder muss man Vorsicht walten lassen?“ beantworteten nur sieben Prozent der Brasilianer positiv (in Deutschland sind es 75 Prozent). Damit weist Brasilien das weltweit höchste gesellschaftliche Misstrauen auf.

Brasilien hat eine zentrale Errungenschaft der Aufklärung bisher nicht in seiner politischen Kultur verankert: Rousseaus Volonté générale. Ein brasilianischer Gesellschaftsvertrag, nach dem die politischen Gewalten ihre Gestaltungsmacht zur Bereitstellung öffentlicher Güter im Interesse aller nutzen, existiert nicht. Angesichts raffgieriger Mandatsträger und der Rekordwerte beim gesellschaftlichen Misstrauen ist frei nach Thomas Hobbes der „Brasilianer dem Brasilianer ein Wolf“.

Dass auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen abnimmt, überrascht eingedenk der skrupellosen Politikerkaste wenig. Nur zehn Prozent der Brasilianer vertrauen den politischen Parteien, weniger als 20 Prozent dem Parlament. Dafür genießt das Militär mit 50 Prozent deutlich mehr Zutrauen. Während der Protestmärsche gegen Präsidentin Rousseff wurde auf Plakaten vielfach eine Militärintervention zur Lösung der Staats- und Wirtschaftskrise gefordert. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Stimmen lauter werden, wenn die gesellschaftliche Polarisierung im Zuge sozialer Einschnitte weiter zunimmt und diese sich in gewalttätigen Ausschreitungen auf breiter Front Bahn bricht.

Der Autor ist Politikwissenschaftler am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.